

WP-Analyse

Wirtschaftsmacht USA

Geopolitische Neuausrichtung als wirtschaftspolitische Herausforderung für die EU

Seit Mitte des 20. Jahrhunderts etablierten sich die Vereinigten Staaten von Amerika zur Entwicklerin und Hüterin der liberalen Weltordnung. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schien es gar so, als wären sie die einzig verbliebene Weltmacht. Mit der rasanten ökonomischen und militärischen Aufholjagd Chinas seit der Jahrtausendwende ist diese unangefochtene Stellung jedoch ins Wanken geraten. Mittlerweile setzen die USA alles daran, die Abhängigkeiten von ihrem hegemonialen Herausforderer zu lösen, was zu einer zunehmenden Verschränkung von sicherheits- und wirtschaftspolitischen Initiativen geführt hat. Daraus ergeben sich weitreichende Konsequenzen für die Weltwirtschaft. Insbesondere die Europäische Union, die seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine selbst einer äußerst schwierigen wirtschaftlichen Lage und einer akuten Gefährdung ihrer äußeren Sicherheit ausgesetzt ist, ringt um eine strategische Antwort auf die standortpolitischen Auswirkungen der neuen amerikanischen Geopolitik. Wie sich das transatlantische Verhältnis in Zukunft weiterentwickelt, wird wesentlich vom Ergebnis der US-Wahlen abhängen. Die WP-Analyse gibt eine Übersicht über die wichtigsten Entwicklungslinien und zeichnet wirtschaftspolitische Szenarien für potenzielle Präsidentschaften von Kamala Harris oder Donald Trump.

Aus dem Inhalt:

- „Industrial turn“ in der US-Wirtschaftspolitik: der Inflation Reduction Act
- „Tech war unfolding“: USA und China im Kampf um die globale Technologieführerschaft
- „Caught in the crossfire“: Europa zwischen den geopolitischen Fronten
- „At the crossroads“: Szenarien möglicher Wahlsiege von Kamala Harris oder Donald Trump

In den Jahrzehnten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs folgte die internationale Politik der USA der Grundüberzeugung, dass globaler Freihandel den Wohlstand aller fördert und dadurch demokratische Regierungen gestärkt würden. Unter Führung der USA wurden die Institutionen der liberalen Weltordnung, wie das Bretton-Woods-Währungsabkommen oder das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT), zunächst geschaffen und anschließend langfristig stabilisiert ([Overhaus 2024](#)). Diese **Ära der Liberalisierung** war geprägt von einem schrittweisen Abbau von Handelsbarrieren in China und anderen großen Schwellenländern sowie von einer beispiellosen internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einschließlich der Integration des ehemaligen Sowjetblocks. Die Liberalisierungspolitik war maßgeblich für den Anstieg und die Ausweitung des globalen Handels verantwortlich. Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) übernahm die Rolle des multilateralen Hüters für Handelsabkommen, Verhandlungen und Streitbeilegung. Grenzüberschreitende Kapitalflüsse nahmen stark zu und erhöhten die Komplexität und Vernetzung des globalen Finanzsystems ([IMF](#)).

Die globale Finanzkrise ab 2007 setzte dem langjährigen Liberalisierungstrend ein Ende. Sie kann im Nachhinein als Beginn einer Verlangsamung des Prozesses der wirtschaftlichen Globalisierung („**Slowbalization**“) gedeutet werden. Die Phase nach der Krise war

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs entwickelten sich die USA zur Hüterin der liberalen Weltordnung.

Die globale Finanzkrise ab 2007 setzte dem Liberalisierungstrend ein Ende.

gekennzeichnet von einer Verlangsamung des Tempos bei Handelsreformen und eine schwindende politische Unterstützung für Freihandel – sowohl seitens der globalisierungskritischen Linken als auch dem nationalistischen rechten Lager. Zusammen mit zunehmenden geopolitischen Spannungen insbesondere zwischen dem aufstrebenden China und den USA kam es zu einem generellen Rückgang beim internationalen Handel von Gütern und Dienstleistungen im Verhältnis zum globalen BIP von rund 60 Prozent im Jahr 2008 auf etwa 58 Prozent 2023. Zum Vergleich: Im Zeitraum zwischen 2000 und 2007 stieg der Anteil des Handels am BIP noch von 46 Prozent auf 58,3 Prozent an (IMF).

Als **Joe Biden** im Januar des Jahres **2021** das Amt des Präsidenten der USA übernommen hat, erbte er von seinen Vorgängern drei große Herausforderungen. Einerseits sahen sich weite Teile des Landes einem digitalisierungsbedingten, ökonomischen Strukturwandel ausgesetzt, durch den viele gut bezahlte Industriebeschäftigte verloren gegangen sind und die Arbeitslosigkeit aufgrund einer fehlenden aktiven Arbeitsmarktpolitik stark ansteigen ließ. Ein zweiter zentraler Aspekt lag in der bis dahin unauflösbaren Widersprüchlichkeit amerikanischen Klimapolitik: Während US-Wissenschaftler:innen einige der bedeutendsten Beiträge zur Klimawandelforschung beisteuerten und eine unmittelbare Handlungsnotwendigkeit attestierten, gelang es den politischen Entscheidungsträger:innen – abgesehen vom Wiedereintritt in das Pariser Klimaabkommen – nicht, einen Konsens über eine wirksame Dekarbonisierungsstrategie herzustellen. Der letzte wesentliche Punkt betraf die wachsende Wahrnehmung Chinas als existenzielle Bedrohung für die USA. Sie erfuhr eine zusätzliche Dynamik, als im COVID19-Pandemieverlauf zahlreiche Abhängigkeiten bei kritischen Gütern zutage getreten sind. Gerade Medizinprodukte, die für einen Großteil der Bevölkerung plötzlich nicht mehr oder nur schwer zugänglich waren, ließen die gesamtgesellschaftliche Sensibilität für Lieferkettenabhängigkeiten gegenüber China wachsen.

Für Biden und seine ökonomischen Berater:innen lag die Antwort auf alle drei Herausforderungen in einer neuen wirtschaftspolitischen Strategie, die später unter der Bezeichnung **„Bidenomics“** Einzug in die öffentliche Debatte finden sollte. Ihren Kern bildete eine massive staatliche Investitionsoffensive in Energieprojekte, Infrastrukturen und die grüne Transformation der Industrie. Das bisher größte eigenständige Förderungsprogramm ist der im August 2022 verabschiedete und insbesondere in Europa für große Aufmerksamkeit sorgende **Inflation Reduction Act (IRA)**.¹

„Bidenomics“ als Antwort auf wirtschaftliche Stagnation, Klimawandel und Bedrohung durch China.

„Industrial turn“ in der US-Wirtschaftspolitik: der Inflation Reduction Act

Der IRA ist das zentrale Politikprogramm, mit dem die Biden-Regierung die **Reduzierung der Treibhausgasemissionen** um etwa 40 Prozent im Vergleich zu 2005 erreichen möchte. Seine Mittel sind zu einem Großteil für Investitionen in die nationale Infrastruktur und den Klima- und Umweltschutz vorgesehen. Gleichzeitig soll er dazu beitragen, die USA in Zukunft als führenden (grünen) Energieproduzenten zu positionieren, die **Re-Industrialisierung** der Wirtschaft zu fördern und eine entschiedene Antwort auf Chinas wirtschaftlichen und technologischen Expansionskurs zu bieten (DIW). Anders als in dem meisten EU-Programmen vorgesehen, fördert der IRA neben Investitionen (CapEx) auch die laufende Produktion (OpEx) von erneuerbaren Energien. In Summe sind dafür laut offiziellen Angaben des Congressional Budget Office 369 Mrd. USD für den Zeitraum zwischen 2023 bis 2032 veranschlagt.

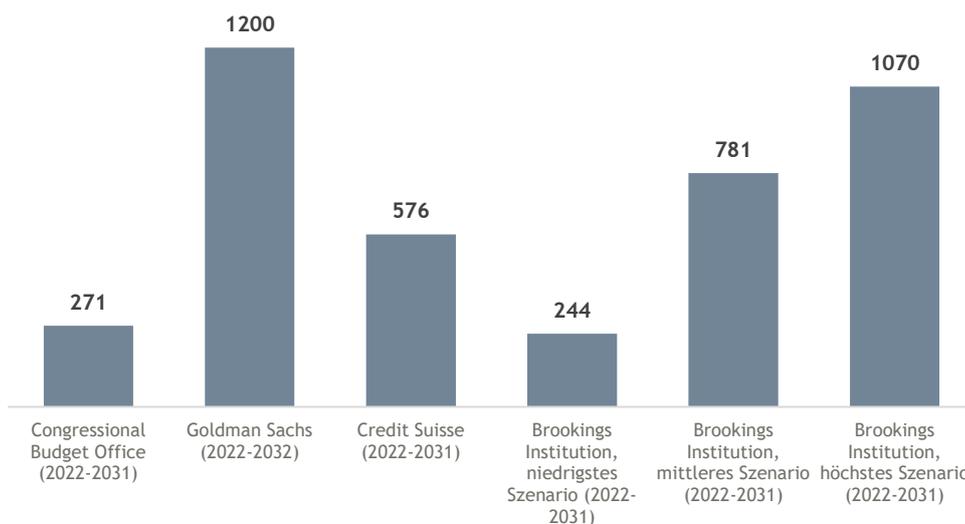
¹ Die Bezeichnung des Gesetzes ist eigentlich irreführend. Sie muss aus dem historischen Entstehungskontext heraus verstanden werden, der von einem dramatischen Anstieg der Verbraucherpreise in den USA und einer ablehnenden Haltung breiter Bevölkerungsteile gegenüber weiteren staatlichen Ausgaben geprägt war. Mit den erwarteten Mehreinnahmen, die das Investitionsprogramm langfristig generieren würde – so die Entgegnung der Biden Regierung – sollte das Haushaltsdefizit und damit letztlich auch die Inflation gesenkt werden.

Der überwiegende Teil der Mittel fließt in Form von **ungedeckelten Steuergutschriften**. Ohne Deckelung und mit einer rund zehnjährigen Laufzeit bieten die Förderungen ein beispielloses Maß an Erwartungssicherheit, wie es heute in nahezu keiner anderen Volkswirtschaft zu finden ist. Davon profitieren sowohl Unternehmer:innen, die ihre Investitionspläne ohne zeitlichen Druck und komplizierte Ausschreibungs- und Antragsverfahren einreichen können, als auch staatliche Behörden, die bei der Einrichtung der förderungsadministrativ notwendigen Strukturen langfristig planen können. Die Kehrseite von nicht gedeckelten Steuergutschriften ist, dass die tatsächlichen fiskalischen Kosten, die der IRA während seiner Laufzeit verursachen wird, nur schwer einzuschätzen sind. Denn diese hängen hauptsächlich vom Umfang der unternehmerischen Nachfrage nach den Subventionen ab. Das bedeutet: Je erfolgreicher das Programm läuft, desto mehr öffentliche Mittel werden fließen. Es existieren mittlerweile unterschiedliche Schätzungen von einschlägigen Institutionen zum Gesamtvolumen des IRA. Hinsichtlich der Kosten der IRA-Steuergutschriften bewegen sich die Berechnungen auf Summen zwischen 271 Mrd. USD (2022-2031, CBO) und 1,2 Billion USD (2022-2032, Goldman Sachs). Expert:innen gehen jedoch davon aus, dass selbst die höheren budgetären Belastungsszenarien aufgrund der Vermeidung von Kosten einer übermäßigen CO₂-Belastung am Ende kosteneffektiv sein dürften ([Brookings](#)).

Der IRA liefert ein beispielloses Maß an Erwartungssicherheit, wie es in geopolitisch turbulenten Phasen, so wie wir sie aktuell erleben, sonst kaum zu finden ist.

Geschätzte Kosten der IRA-Steuergutschriften

in Mrd. USD



Quelle: Global Trade Alert.

Eine zweite bedeutende Komponente des IRA-Förder-Designs bilden sogenannte **Local-Content-Klauseln**, die laut Einschätzung vieler Expert:innen einen Bruch des WTO-Rechts darstellen ([ifo](#)), da sie gegen die Meistbegünstigungsklausel und das Gleichbehandlungsgebot von In- und Ausländern verstoßen dürften. Um z.B. in den Genuss von Steuererleichterungen beim Kauf eines Elektroautos zu kommen, sieht das Gesetz vor, dass lediglich Fahrzeuge gefördert werden, deren Endmontage in den USA erfolgt ist. Autoexporte ausländischer Hersteller – mit Ausnahme von E-Autos, die in den USA geschäftlich geleast werden – sind hingegen von den Förderungen ausgeschlossen. Dadurch soll gezielt die US-amerikanische Industrie angekurbelt werden, was angesichts der ohnehin schon attraktiven Standortbedingungen in den USA, wie niedrige Energiepreise und die Größe und Tiefe des Binnenmarktes, für Unbehagen unter den politischen Verantwortlichen in anderen Weltregionen geführt hat.

Eine Umfrage unter Expert:innen aus dem Frühjahr 2023, die vom deutschen Bundesministerium für Finanzen in Auftrag gegeben wurde, zeigt in diesem Zusammenhang sehr deutlich, dass der IRA insbesondere in Europa – speziell in Deutschland und Frankreich, wo die Automobil- und deren Zulieferindustrie eine herausragende Stellung innehaben – als besonders gefährlich eingeschätzt und das **Risiko einer industriellen Abwanderung** durch dessen Sogwirkung für sehr groß gehalten wird. 81 Prozent der Befragungsteilnehmenden aus Deutschland gehen davon aus, dass sich der IRA negativ auf die eigene Wirtschaft auswirken wird (ifo).

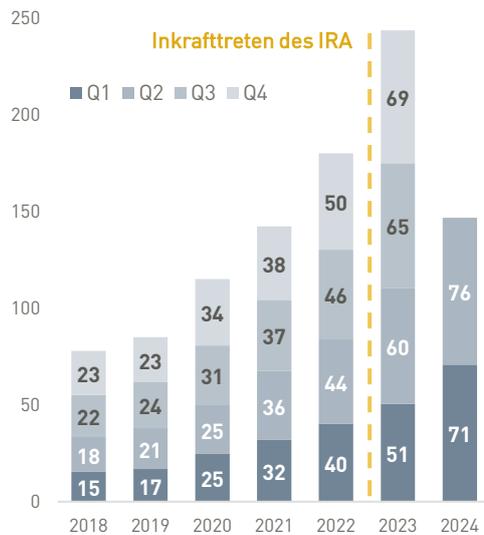
Nach etwas mehr als zwei Jahren Laufzeit lässt sich zahlenmäßig nachweisen, dass der IRA tatsächlich zu einem **grünen Boom in den USA** beigetragen hat (Rhodium Group & MIT-CEEPR). So sind seit seinem Inkrafttreten die Investitionen in die Herstellung und den Einsatz sauberer Technologien auf insgesamt fast eine halbe Billion USD (493 Mrd. USD) angestiegen. Zum Vergleich: 288 Mrd. USD waren es in den zwei Jahren vor dem Inkrafttreten des Gesetzes. Die tatsächlichen Investitionen in saubere Energie und Transporttechnologien in den USA setzen ihr rekordverdächtiges Wachstum fort und erreichten im zweiten Quartal 2024 mit 76,3 Milliarden Dollar ein neues Allzeithoch. Rund 16 Prozent (78 Mrd. USD) der bisher getätigten Investitionen stammen aus Bundesmitteln. Rhodium Group und MIT CEEPR schätzen, dass die privaten Investitionen in saubere Technologien fünf- bis sechsmal höher sind als die öffentlichen.

Der IRA wird in Europa als wesentlich gefährlicher eingeschätzt als in anderen Regionen.

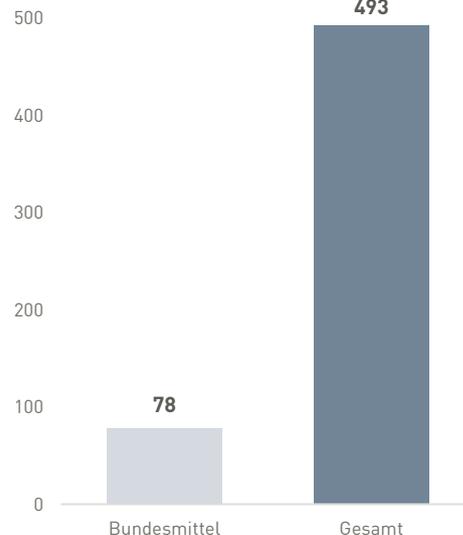
493 Mrd. USD

sind bisher über den IRA in die Herstellung und den Einsatz sauberer Technologien geflossen.

Grüne Investitionen nach Quartalen
in Mrd. USD



Grüne Investitionen, Bund vs. gesamt
Q3 2022-Q2 2024, in Mrd. USD (2023)



Quelle: Rhodium Group/MIT-CEEPR Clean Investment Monitor.

Der IRA treibt nicht nur die Dekarbonisierung der US-amerikanischen Wirtschaft an, er weist sich auch als **äußerst erfolgreich bei der Re-Industrialisierung** des Landes. Zusammen mit dem Chips Act hat das Programm einen rasanten Anstieg bei den Investitionen in den Bau von Fabrikanlagen ausgelöst. Obwohl auch die US-Wirtschaft seit längerem von hohen Zinsen und Baukosten betroffen ist, sind die Investitionen in Fabrikbauten seit Unterzeichnung der Rechtsakte im August 2022 bis August 2024 um 76 Prozent angestiegen. Zum Vergleich liegen Daten aus Deutschland vor: Dort gingen die realen Anlageinvestitionen in den Bau neuer Fabriken im selben Zeitraum um 16 Prozent zurück und liegen mittlerweile auf dem niedrigsten Stand seit der Rezession Anfang der 2010er Jahre.

Private Investitionen in saubere Technologien

5- bis 6-mal

so hoch wie öffentliche Investitionen.

Seit Unterzeichnung von Chips Act und IRA sind die US-Fabrikinvestitionen um

76 %
angestiegen.

In Deutschland gingen sie im selben Zeitraum um

-16 %
zurück.

Reale Bauinvestitionen in Fabriken

Index Dezember 2020=100, rollierender 12-Monatsdurchschnitt



Quelle: DeStatis, FRED,
DE: Deflationiert mit Baupreisindex für gewerbliche Betriebsgebäude, Bauleistungen am Bauwerk,
USA: Deflationiert mit Produzentenpreisindex, Neubau von Industriegebäuden.

Positive Effekte zeigen sich auch **auf dem Arbeitsmarkt**. Laut dem [Clean Jobs America 2024-Report](#) der überparteilichen Wirtschaftsorganisation E2 kam es 2023 zu einem markanten Anstieg der Arbeitsplätze im Bereich der sauberen Energien um fast 150.000 Stellen. Die CleanTech-Beschäftigung wuchs damit beinahe doppelt so schnell wie das nationale Beschäftigungswachstum insgesamt. Erklärt wird diese Entwicklung hauptsächlich mit dem Investitionsanstieg während des ersten vollen Jahres des IRA.

„Tech war unfolding“: USA und China im Kampf um die globale Technologieführerschaft

Die industriepolitische Wende auf dem eigenen Territorium der USA ist eng verknüpft mit der neuen außenwirtschaftspolitischen Agenda der Biden-Administration, in der die **Wirtschaft einen integralen Bestandteil der nationalen Sicherheit** bildet. Dabei herrscht ein parteiübergreifender Konsens zwischen Demokrat:innen und Republikaner:innen, dass China die größte Sicherheitsbedrohung für das Land darstellt. Um dessen Aufstieg zu einer wirtschaftlich, technologisch und damit letzten Endes auch militärisch überlegenen Macht zu verhindern, setzten bereits ehemalige US-Regierungen verstärkt auf außenwirtschaftspolitische Instrumente. So galten wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen im technologischen Wettbewerb mit China schon unter Präsident Obama als legitime Mittel. Sein Nachfolger, Donald Trump, führte ebenfalls eine Vielzahl solcher Instrumente ein. So erhöhte er etwa im Jahr 2018 die Zölle auf eine breite Palette von Importen aus China. Es folgten weitere Maßnahmen in den Bereichen Exportkontrollen und Überwachung von ausländischen Direktinvestitionen. Präsident Biden behielt diese Instrumente bei und verschärfte sie zum Teil noch (SWP), wodurch es in den letzten Jahren zu einer umfassenden „**Versicherheitslichung der Wirtschafts- und Außenwirtschaftspolitik**“ (Mildner 2024) der USA gekommen ist.

Auch die **chinesische Regierung verfolgt einen scharfen außenwirtschaftspolitischen Kurs** gegenüber den USA. So führte die Regierung von Xi Jinping am 15. April 2014 erstmals das Konzept der „umfassenden nationalen Sicherheit“ als Leitprinzip ihrer nationalen Sicherheitspolitik ein. Dem folgte eine Reihe sicherheitsbezogener Gesetze. Darüber hinaus hat China seit dem 1. Januar 2020 die Sicherheitsüberprüfung von ausländischen Direktinvestitionen im eigenen Land durch das Auslandsinvestitionsgesetz verstärkt. Das

Rund

150.000 Stellen

sind 2023 im Bereich der sauberen Energien geschaffen worden.

Es herrscht ein parteiübergreifender Konsens zwischen Demokrat:innen und Republikaner:innen, dass China die größte Sicherheitsbedrohung für das Land darstellt.

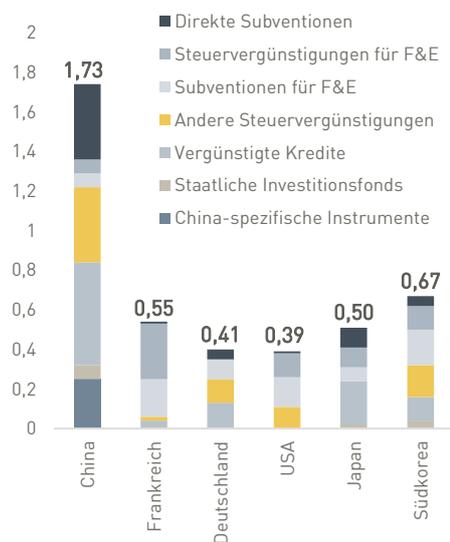
Auch die chinesische Regierung verfolgt einen scharfen außenwirtschaftspolitischen Kurs gegenüber den USA.

Exportkontrollgesetz, das am 1. Dezember 2020 in Kraft trat, regelt umfassend den Export von Gütern im Hinblick auf die nationale Sicherheit. Chinas Wirtschaftspolitik ist im Kern ausgerichtet auf eine **technologiezentrierte Industriepolitik**. Neben der sicheren Nutzung bewährter Technologien und technologischer Autonomie in wichtigen Bereichen, möchte China künftig auch zum Vorreiter bei der Innovation neuer Technologien werden ([Brookings](#)).

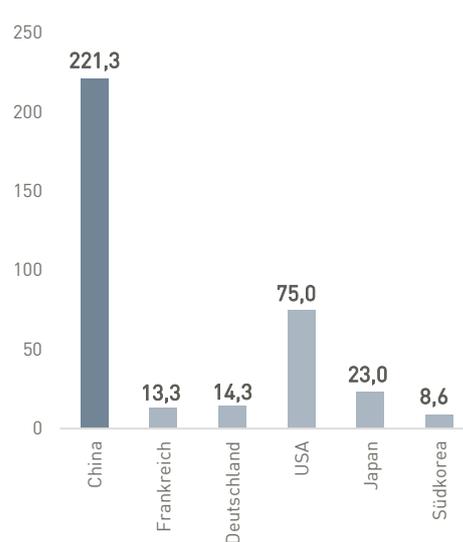
Die technologiezentrierte, industrielle Wachstumsstrategie Chinas hat zu einer im internationalen Vergleich **extremen Form der Industriesubventionierungspolitik** geführt. Selbst bei einer konservativen Schätzung, die lediglich einfach zu quantifizierende Subventionsinstrumente berücksichtigt, erreichten die Industriesubventionen in China im Jahr 2019 etwa 221 Milliarden Euro, was 1,73 Prozent des damaligen chinesischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) entsprach. Im Verhältnis zum BIP sind die Subventionen in China demnach etwa dreimal so hoch wie in Frankreich und rund viermal so hoch wie in Deutschland oder den USA. In absoluten Zahlen liegen die USA mit 75 Mrd. Euro auf dem zweiten Platz bezogen auf die Höhe der Subventionen. Das entspricht aber immer noch lediglich rund einem Drittel der chinesischen Leistungen ([CSIS](#), [IfW](#)).

1,73 %
des chinesischen BIP bzw.
221 Mrd.
Euro
flossen 2019 in
Industriesubventionen.

Industriesubventionen in China und ausgewählten OECD-Ländern, 2019
in % des BIP



Industriesubventionen in China und ausgewählten OECD-Ländern, 2019
in Mrd. Euro

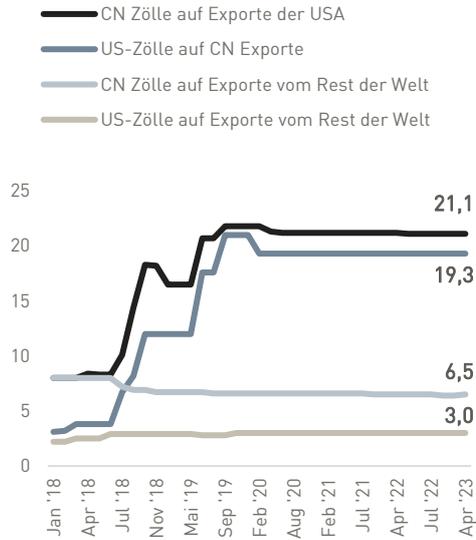


Quelle: IfW.

Chinas Kurs wird seitens der USA als Bedrohung der wirtschaftlichen und auch militärischen Sicherheit verstanden. Mittlerweile befinden sich die beiden Wirtschaftsmächte in einem **Technologiekrieg**, der bisher noch überwiegend mit wirtschaftspolitischen Mitteln ausgefochten wird. Er hinterlässt jedoch bereits deutliche Spuren in den bilateralen Handelsbeziehungen: So setzten die USA im April 2023 die Importzölle auf chinesische Exporte mit einem durchschnittlichen Satz von 19,3 Prozent fest, während die Zölle für Importe aus anderen Ländern nur bei etwa drei Prozent lagen. Als Gegenmaßnahme verhängte China ebenfalls hohe Zölle, die im Schnitt 21,1 Prozent betragen. Rund 66,4 Prozent der chinesischen Exporte in die USA unterlagen im April 2023 den US-Strafzöllen. Gleichzeitig waren etwa 58,3 Prozent der US-Exporte nach China von chinesischen Vergeltungszöllen betroffen.

66,4 %
der chinesischen Exporte in
die USA und
58,3 %
der US-Exporte nach China
unterlagen 2023 Straf- oder
Vergeltungszöllen.

Importzölle im Handel der USA mit China im Vergleich zum Rest der Welt
in %



Anteil des von Strafzöllen betroffenen Handels der USA mit China bis 2023
in %

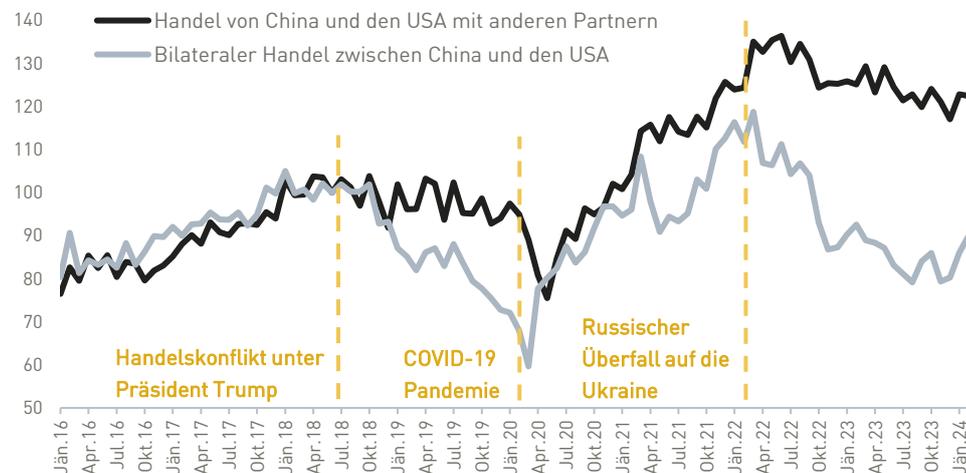


Quelle: Peterson Institute.

Ein Blick auf WTO-Daten zeigt, dass sich der internationale Handel der beiden Großmächte infolge der geopolitischen Spannungen neu ausrichtet und **erste Anzeichen einer Entkoppelung** aufweist. So wuchs der bilaterale Handel **zwischen den USA und China** - trotz eines Rekordhochs im Jahr 2022 - seit 2018 um 30 Prozent langsamer als ihr Handel mit dem Rest der Welt. Das nachfolgende Diagramm zeigt zwei deutliche Rückgänge im bilateralen Handelsvolumen zwischen den beiden Großmächten: Einen, der mit dem Anstieg der Handelskonflikte zwischen den USA und China im Juli 2018 begann, und einen weiteren nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Februar 2022. Die starke Erholung im Februar 2020 lässt sich durch die starke Nachfrage nach in China gefertigten Produkten (z.B. Laptops, Haushaltsgeräte und medizinische Ausrüstung) während der COVID-19-Pandemie erklären. Trotz des weiterhin hohen Handelsvolumens zwischen den beiden Ländern, weisen die Kurvenverläufe auf signifikante Verschiebungen als Reaktion auf politische Entwicklungen hin (WTO).

Um **30 %** langsamer wuchs der bilaterale Handel zwischen den USA und China seit 2018 langsamer als deren Handel mit dem Rest der Welt.

Handel zwischen China und den USA und mit anderen Partnern (2016-2023)
Index, Juni 2018=100

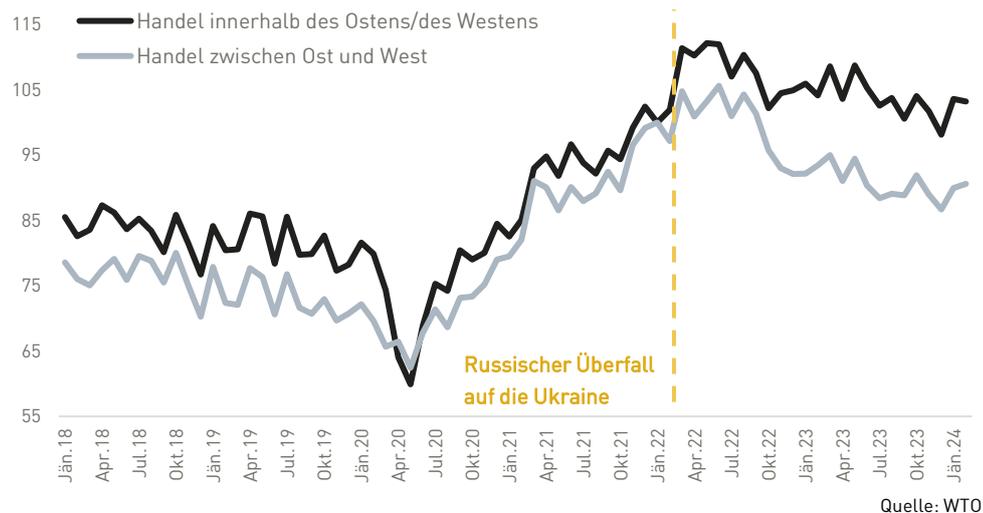


Quelle: WTO.

Im weiteren internationalen Umfeld zeigten sich in den letzten Jahren ebenfalls vermehrt Hinweise auf eine Tendenz zur **Handelsabkopplung** (Oxford Economics). So lassen Handelsdaten der WTO auf eine Fragmentierung der Handelsströme schließen, bei denen sich Exporte und Importe immer stärker **entlang geopolitischer Trennlinien** ausrichten. So ist seit Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine der Handel zwischen hypothetischen Blöcken von Volkswirtschaften mit ähnlichen politischen Ansichten (basierend auf Abstimmungsverhalten in der UN-Generalversammlung, bezeichnet als Ost und West) um 4 Prozent langsamer gewachsen als der Handel innerhalb dieser Blöcke (WTO).

Handel innerhalb und zwischen hypothetischen geopolitischen Blöcken

Index Januar 2022 = 100



Seit dem russischen Angriff auf die Ukraine wuchs der bilaterale Handel zwischen den hypothetischen geopolitischen Blöcken „Ost“ und „West“ um

4 %

langsamer als der Handel innerhalb der Blöcke.

„Caught in the crossfire“: Europa zwischen den geopolitischen Fronten

Handelspolitische Herausforderungen

Die wirtschaftlichen Konsequenzen der geopolitischen Zeitenwende treffen die europäische Volkswirtschaft mit ziemlicher Härte. Gerade ihre Offenheit im liberalen Freihandelsumfeld hat in der Vergangenheit wesentlich zur Wohlstandsmehrung in den EU-Mitgliedstaaten beigetragen. Eine aktuelle Analyse des IMF belegt, dass, gemessen an der Summe der Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen, die EU stärker nach außen orientiert ist als die USA oder China – und das obwohl deren Wirtschaftsräume eine ähnliche Größe aufweisen. Und während die Offenheit für Handel in China seit Mitte der 2000er Jahre stark zurückgegangen ist, und auch in den USA in den letzten zehn Jahren leicht rückläufig war, hat sie in der EU weiter zugenommen (IMF). In Summe ist die EU heute um 30 Prozent offener für Handel als die USA und um 70 Prozent offener als China (McKinsey).

Die EU ist heute um

30 %

offener für Handel als die USA und um

70 %

offener als China.

In einem Umfeld, in dem internationaler Handel immer mehr unter geopolitisch-strategischen Gesichtspunkten stattfindet, ist **Handelsoffenheit** aber **nicht mehr frei von Risiken**. Schließlich dominiert in einem solchen Kontext nicht mehr die Vorstellung eines wechselseitigen Nutzens von Handel und Kapitalströmen, sondern es stellt sich verstärkt die Frage, wer den größten Vorteil daraus zieht und welche Abhängigkeiten entstehen. Handelspolitische Instrumente werden dabei immer häufiger zu Machtmitteln (Overhaus 2024). Dass Handelspolitik seit geraumer Zeit oft nicht mehr den universellen Freihandel zum Ziel hatte, zeigt der rasante Anstieg bei den handelsdiskriminierenden Maßnahmen seit Beginn des US-chinesischen Handelskriegs im Jahr 2018. Am stärksten war er im Pandemiejahr 2020 zu

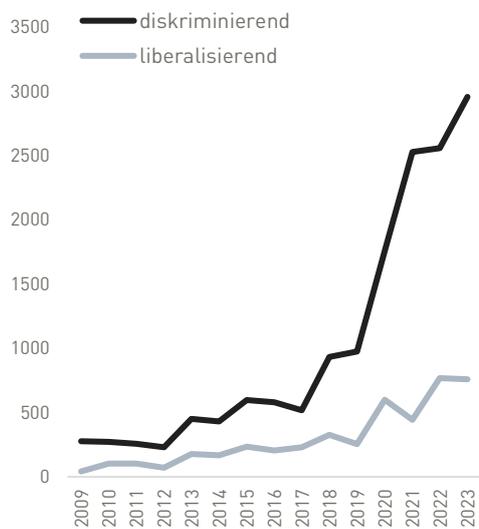
beobachten, als viele Regierungen aus Furcht vor Waren- und Materialengpässen im eigenen Land den Handel eingeschränkt hatten. Eine Rückkehr zu verstärkt liberalen Praktiken ließ sich aber auch in der post-pandemischen Phase nicht beobachten. Im Gegenteil: Zwischen 2018 und 2023 hat sich die Anzahl an jährlich neu hinzukommenden handelsdiskriminierenden Maßnahmen von 934 bis auf 2.975 mehr als verdreifacht (GTA). Dabei ist anzumerken, dass die angeführten Zahlen das tatsächliche Ausmaß an diskriminierenden Praktiken mit großer Wahrscheinlichkeit erheblich unterschätzen dürften, da die Datenerhebung stark vom der Transparenzverhalten der Regierungen abhängig ist. Viele versteckte und indirekte Maßnahmen lassen sich daher häufig nur schwer oder gar nicht erfassen (vgl. hierzu auch IfW).

2.957

handelsdiskriminierende Maßnahmen wurden 2023 weltweit neu auf den Weg gebracht.

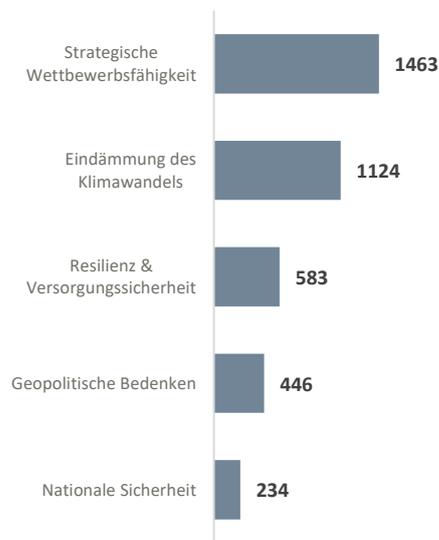
Neue jährliche Handelsinterventionen weltweit

in Anzahl neuer Interventionen pro Jahr



Begründung handelsdiskriminierender Maßnahmen

in Anzahl der Nennungen seit 1. Jan. 2023



Quelle: GTA, NIPO, Stand: 29.10.2024.

Um diese Entwicklungen zu verstehen, hilft ein Blick auf die zugrundeliegenden **Motivlagen** in Bezug auf handelsdiskriminierende Maßnahmen. Diese werden rückwirkend bis Anfang 2023 von der New Industrial Policy Observatory-Datenbank (NIPO) erfasst. Neben der **Bekämpfung des Klimawandels** (1.124 Nennungen) sind es insbesondere geopolitisch-strategische Begründungen, die angeführt werden, wie **strategische Wettbewerbsfähigkeit** (1.463), **Resilienz und Versorgungssicherheit** (583), **geopolitische Bedenken** (446) oder **nationale Sicherheit** (234). Die genannten Gründe finden mittlerweile eine breite gesellschaftliche Akzeptanz. Darüber hinaus werden klima- und sicherheitspolitisch motivierte Handelsdiskriminierungen nicht selten damit begründet, dass sie im internationalen Handelsrecht als Ausnahmetatbestände gelten würden. Da aktuell kein funktionsfähiges Streitschlichtungssystem in der WTO existiert, bleiben etwaige juristische Fehlinterpretationen folgenlos. Daher ist es äußerst unwahrscheinlich, dass es in naher Zukunft zu einer grundsätzlichen Abkehr von nichtliberalen Handelspraktiken kommen wird.

Aufgrund ihrer starken wirtschaftlichen Offenheit erweist sich die **EU** als **besonders exponiert gegenüber den handelsdiskriminierenden Maßnahmen** anderer Länder und Wirtschaftsräume. Bei einer Betrachtung der Ursprungsländer solcher Instrumente und jenen Ländern, die seit Beginn des Handelskriegs zwischen China und den USA am stärksten von deren Anwendung getroffen wurden, bestätigt sich dieses Bild: Während die USA und China

Die offenen Volkswirtschaften Europas sind am häufigsten von handelsdiskriminieren Maßnahmen betroffen.

seit Beginn des Handelskriegs im Jahr 2018 mit 4.356 bzw. 4.065 Maßnahmen im internationalen Vergleich mit Abstand am meisten handelsdiskriminierende Politiken ins Rennen geschickt haben, sind es vor allem die handelsoffenen Länder Europas, wie Deutschland (von 8.953 Maßnahmen betroffen), Italien (8.428) und Frankreich (8.700), die diesen Praktiken am stärksten ausgesetzt waren.

Top 5 der Ursprungs- und betroffenen Länder von handelsdiskriminierenden Maßnahmen, 2018-2023

in Anzahl handelsdiskriminierender Maßnahmen

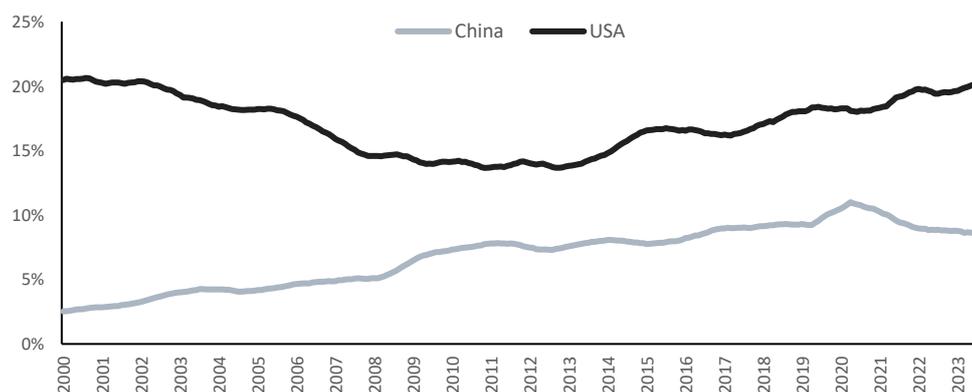
Ursprungsland	Betroffenes Land
1 USA (4356)	1 Deutschland (8953)
2 China (4065)	2 Italien (8728)
3 Brasilien (1833)	3 Frankreich (8700)
4 Kanada (1236)	4 Vereinigtes Königreich (8234)
5 Indien (857)	5 Südkorea (8157)

Quelle: GTA, Stand: 29.10.2024.

Die zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft aufgrund der geopolitischen Blockbildung rund um die beiden Großmächte USA und China hat bereits Auswirkungen auf den europäischen Außenhandel. Denn während China verstärkt nach technologischer Unabhängigkeit strebt und sich aktiv von westlichen Handelspartnern entkoppelt, gewinnen die USA für EU-Exporteur:innen immer mehr an Bedeutung. Im März des Jahres 2021 befand sich der Anteil Chinas an den EU27-Exporten noch auf einem Allzeithoch von 11 Prozent. Danach sank er stetig ab und erreichte im Juli 2024 nur noch einen Wert von 8,6 Prozent. Der transatlantische Exportanteil in die USA hat hingegen im selben Zeitraum von 18,1 Prozent auf 20,3 Prozent zugelegt. In Summe **unterhalten die EU und die USA die größten bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen der Welt**, die basierend auf der Kaufkraft, rund ein Drittel des globalen BIP ausmachen.

Auf **8,6 %** belief sich Chinas Anteil an den EU27-Exporten im Juli 2024.
20,6 % der Exporte gingen in die USA.

Anteil der EU27-Exporte nach Partnerländern
in %



Quelle: Eurostat.

Die **Vereinigten Staaten** stellen aktuell und wohl auch in Zukunft den **wichtigsten Exportmarkt für die EU** dar. Daraus erwachsen durchaus **geopolitische Risiken** – etwa dann, wenn europäische Unternehmen künftig in bestimmten Technologiesegmenten mit chinesischen Firmen kooperieren. Inwieweit die US-amerikanische Regierung solche Arrangements mit Blick auf ihre eigenen sicherheitspolitischen Erwägungen in Zukunft tolerieren wird, ist mehr als fraglich. Fest steht, dass unter solchen Umständen ein Handelskonflikt mit den

USA nicht ausgeschlossen werden kann und dieser möglicherweise Zugangsbeschränkungen europäischer Unternehmen zum US-amerikanischen Markt nach sich ziehen würde. Insofern bergen gerade die China-Investitionen der deutschen Automobilindustrie große Risiken. Im ersten Halbjahr 2024 entfielen 57 Prozent aller EU-Direktinvestitionen in China auf Deutschland. Seit 2022 machen **Investitionen im Automobilsektor etwa die Hälfte aller EU-Investitionen in China** aus. Diese Kapitalflüsse verstärken die Abhängigkeit einiger großer deutscher Unternehmen vom chinesischen Markt. Und das obwohl eigentlich sowohl die Europäische Kommission als auch die deutsche Bundesregierung ein De-Risking gegenüber China als politisches Ziel festgelegt hatten (Rhodium Group).

Industriepolitische Herausforderungen

Es ist jedoch nicht nur die Beeinträchtigungen des internationalen Handels, die die EU und ihre Mitgliedstaaten vor erhebliche Herausforderungen stellt. Auch der **industriepolitische Vorstoß der Biden-Administration hat die Europäer:innen weitgehend unvorbereitet getroffen**. Denn im Prinzip torpediert der IRA die Grundprinzipien der grünen Transformationspolitik der EU. Diese sieht vor, Dekarbonisierung über zwei Instrumente – die Wirksamkeit des Preismechanismus (im Wesentlichen die CO₂-Bepreisung) und Regulierung (Gebote, Verbote) – herbeizuführen. Der unternehmerische Erfolg, den man sich auf Basis der bestehenden Anreizsysteme zu Dekarbonisierung erhofft hatte, sollte schließlich nicht nur europäische grüne Technologien zu Exportschlagern machen, sondern das politische Instrumentarium der EU-Klimapolitik gleich mit internationalisieren (z.B. in Form einer globalen CO₂-Besteuerung). Der IRA setzt hingegen auf das Prinzip "Dekarbonisierung durch Förderung" und verlagert dadurch die Dekarbonisierungskosten weitgehend weg von den Unternehmen in Richtung der öffentlichen Kassen.

Die amerikanische Industriepolitik intensiviert dadurch nicht nur die ohnehin schon seit der Energie- und Inflationskrise anwachsenden internationalen Wettbewerbsnachteile der europäischen Unternehmen. Sie erhöht auch den **Druck auf die politischen Entscheidungsträger:innen der EU, eine europäische industriepolitische Antwort auf den amerikanischen Kurswechsel zu finden** (DIW). Hierzu stellte die Europäische Kommission am 1. Februar 2023 den Green Deal Industrial Plan vor. Die Finanzierung des Plans erfolgt durch umgewidmete Mittel aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) des NextGenerationEU-Fonds sowie aus dem REPowerEU-Fonds. Daraus ergibt sich ein quantitativer Umfang von etwa 510 Mrd. Euro, der mit jenem des IRA durchaus vergleichbar ist (Sachverständigenrat).

In qualitativer Hinsicht hinkt die EU-Industriepolitik ihrem US-Pendant jedoch deutlich hinterher. Denn gerade das hohe Maß an Erwartungssicherheit, das den IRA bisher so erfolgreich gemacht hat, kann der Green Deal Industrial Plan in seiner derzeitigen Ausgestaltung nicht bieten. So durchläuft die Beantragung nationaler und europäischer Fördermittel oft **aufwendige Verfahren**, bei denen über Bewilligung, Förderumfang, -zweck und -dauer im Einzelfall entschieden wird. Zudem ist das **Volumen direkter Produktionssubventionen in der EU häufig limitiert**, was einen Wettbewerb erzeugt, durch den lediglich eine begrenzte Anzahl an Unternehmen Förderungen erhält, wie etwa bei den Important Projects of Common European Interest (IPCEI). Aufgrund der komplexen Antragsprozesse ist dabei jedoch völlig **unklar, wie effizient die Mittel letztendlich zugeteilt werden** (Sachverständigenrat). Darüber hinaus beruht die Förderung grüner Technologien hauptsächlich auf nationalen Maßnahmen im Rahmen des Net Zero Industry Act (NZIA) der EU. Abgesehen von Initiativen zur Förderung von Batterieinvestitionen und industriellen Allianzen haben die Mitgliedstaaten im Bereich sauberer Technologien bisher weitgehend unkoordiniert agiert. Letzten Endes **gefährdet der derzeitige fragmentierte Förderansatz der EU über staatliche Beihilfen das Level-Playing-**

Indem er primär auf Subventionen abzielt, torpediert der IRA die Grundprinzipien der europäischen Transformationspolitik, die hauptsächlich auf Emissionsbepreisung und Regulatorik setzt.

Das hohe Maß an Erwartungssicherheit, das den IRA bisher so erfolgreich gemacht hat, kann der Green Deal Industrial Plan nicht bieten.

Field auf dem Binnenmarkt und benachteiligt speziell kleinere Mitgliedstaaten, wie Österreich, die sich einen innereuropäischen Subventionswettbewerb nicht leisten können ([Draghi 2024](#)). Dies lässt sich zum Beispiel anhand der staatlichen Krisenbeihilfen an EU-Unternehmen bis Ende 2022 nachvollziehen: Von den 93,5 Mrd. Euro, die überwiegend den Energiesektor betroffen haben, entfielen 76 Prozent auf Deutschland, 9 Prozent auf Spanien und 5 Prozent auf die Niederlande ([Europäische Kommission](#)).

In Summe **fehlt** der europäischen Industriepolitik also sowohl eine **kohärente Strategie** als auch **intelligente Politikinstrumente** sowie eine **solide und nachhaltige Finanzierung** ([Redecker 2024](#)). Durch das unabgestimmte Vorgehen der Mitgliedstaaten wird schließlich auch das gemeinsame Ziel verfehlt, eine Industriestrategie zu formulieren, welche die eigene „Führungsposition auf den globalen Märkten für hochwertige und wertschöpfungsintensive Produkte und Dienstleistungen“ ([EK](#)) sichern kann. Einen Hinweis auf die industriepolitischen Defizite der EU im Technologiebereich liefert der neue Economic Complexity Index of Industrial Policies, der kürzlich von [Martin 2024](#) vorgestellt wurde. Die Indexwerte basieren auf den Produktklassifizierungen des Product Complexity Index (PCI) und einer Anordnung der entsprechenden Produktgruppen nach Perzentilen auf Grundlage ihres PCI-Wertes. Gelistet werden sie aufsteigend von der geringsten Komplexität (z.B. T-Shirt, 3. Perzentil) bis zur höchsten Komplexität (z.B. Halbleiterchips 97. Perzentil). Die zahlenmäßigen Werte lassen sich daraufhin den industriepolitischen Maßnahmen entlang der Kategorisierung der [NIPO-Datenbank](#) zuordnen.

Die ökonomische Komplexität von Industriepolitiken in den USA, China und den EU27
in Perzentilen

	Diskriminierende Instrumente	Liberalisierende Instrumente
China	60,5	43,5
EU27	45,8	47,7
USA	54,1	56,8

Quelle: Martin 2024.

Die Tabelle zeigt die ökonomische Komplexität der industriepolitischen Maßnahmen in China, den USA und den EU27-Ländern. Insgesamt verfolgt China eine industriepolitische Strategie, die den Handel und die Investitionen für hochkomplexe Produkte stärker begrenzt, während das Land bei Produkten mit geringerer Komplexität weniger diskriminierend vorgeht. Im Gegensatz dazu öffnen die EU27-Länder ihre inländischen Märkte für ausländische Konkurrenz verstärkt bei komplexeren Produkten und schützen ihre Märkte für lokale Produzenten von Produkten mit geringerer Technologieintensität. In den USA zielen sowohl diskriminierende als auch liberalisierende Maßnahmen eher auf komplexere Güter ab.

Die Erkenntnisse hinsichtlich der industriepolitischen Ausrichtung der EU-Mitgliedstaaten liefern eine Erklärung für die im Report von [Mario Draghi](#) geäußerte Feststellung, wonach eine **starre Industriestruktur** für die schwache Position Europas im Bereich der modernen Technologien verantwortlich ist. Denn die stärkere Fokussierung auf den Schutz von Produkten mit geringerer Technologieintensität führt zu einer geringeren industriellen Dynamik, weniger Innovationen, niedrigeren Investitionen und somit zu einem geringeren Produktivitätswachstum. Europa bleibt dadurch in der sogenannten „**Middle-Technology-Trap**“ gefangen.

Kleinere EU-Länder haben das Nachsehen:

76 %

der staatlichen Krisenbeihilfen an EU-Unternehmen bis Ende 2022 flossen an Deutschland.

Die Industriepolitik der EU-Mitgliedstaaten fokussiert verstärkt Produkte mit geringerer Technologieintensität, während China die Herstellung hochkomplexer Produkte adressiert.

„At the crossroads“: Szenarien möglicher Wahlsiege von Kamala Harris oder Donald Trump

Am 5. November dieses Jahres entscheiden die amerikanischen Wähler:innen über ihre künftige Präsidentin oder ihren künftigen Präsidenten. Zur Auswahl stehen der ehemalige republikanische Präsident Donald Trump und die amtierende Vizepräsidentin Kamala Harris, die kurzfristig zur Kandidatin der Demokraten ernannt wurde, nachdem Präsident Joe Biden beschlossen hatte, nicht erneut anzutreten. Angesichts der zahlreichen Krisenherde und zunehmender geopolitischer Risiken, dürfte diese US-Präsidentschaftswahl eine der bedeutendsten Wahlen auf der globalen Bühne sein. Zur besseren Orientierung werden nachfolgend Szenarien vorgestellt, die darlegen, womit bei den beiden Kandidat:innen im Falle eines Wahlsieges in außenwirtschafts- und industriepolitischer Hinsicht zu rechnen ist.

Szenarien für die US-amerikanische Außenwirtschaftspolitik

Kamala Harris' Außenpolitik würde aller Voraussicht nach von einer Fortführung des eher bündnisorientierten Ansatzes der Biden-Administration geprägt sein. Die grundlegende Richtung, insbesondere in Bezug auf Sicherheitsfragen und Bündnisse, dürfte unverändert bleiben. Sie legt besonderen Wert auf die Stärkung internationaler Allianzen wie der NATO und es wird erwartet, dass sie die aktuelle Unterstützung für die Ukraine fortführt. **China wird auch von Harris als systemische Bedrohung wahrgenommen.** Sie setzt daher auf strategische Partnerschaften, um das Gleichgewicht in Asien zu wahren, insbesondere durch Unterstützung für Taiwan. In der **Handelspolitik** verfolgt Harris einen **moderaten Ansatz**. Mit einer Rückkehr zum freien Handel und einem Ende der US-amerikanischen Blockade des WTO-Streitbeilegungsverfahrens ist unter ihrer Präsidentschaft dennoch nicht zu rechnen. Sie hat in der Vergangenheit gegen Handelsabkommen wie NAFTA und das Nachfolgeabkommen USMCA gestimmt, weil sie der Meinung war, dass diese Abkommen unzureichende Arbeits- und Umweltstandards enthalten. Auch die von der Biden-Administration eingeführten Zölle und Restriktionen gegenüber China will sie beibehalten. Insgesamt zeigt sich Harris **offen für Kooperationen mit Handelspartnern in Europa und Asien**. Sie könnte möglicherweise versuchen, die Verhandlungen zwischen den USA und der EU über eine Verknüpfung von Handels- und Klimapolitik wiederzubeleben, die unter der letzten Trump-Präsidentschaft beendet wurde (McBride & York 2024, Clausing 2024, Eichengreen 2024, Baur et al. 2024, Larcinese 2024).

Donald Trump wird in der Außenpolitik sicherlich ein weiteres Mal seinen „America First“-Ansatz verfolgen, d.h. häufig **unilateral und auf kurzfristigen Vorteil bedacht** vorgehen. Er hat mehrfach gezeigt, dass er die NATO und andere internationale Bündnisse kritisch sieht und sogar einen Rückzug in Betracht ziehen würde, wenn die europäischen Mitglieder ihre Verteidigungsausgaben nicht erhöhen. Trumps Pläne für den Russland-Ukraine-Krieg sorgen in Europa für große Nervosität: Er hat sich öffentlich **kritisch über die finanzielle Unterstützung der Ukraine** geäußert und behauptet, den Konflikt schnell lösen zu können – möglicherweise durch **Zugeständnisse an Russland**. Gegenüber China wird Trump eine härtere Linie vertreten und wirtschaftliche und technologische Druckmittel einsetzen, auch wenn dies weitere Eskalationen nach sich ziehen würde. Sein **transaktionaler Politikansatz** könnte ihn auch in Zukunft dazu bewegen, mit autoritären Führern zu verhandeln und traditionelle Werte der amerikanischen Außenpolitik fallen zu lassen. In der Handelspolitik hat Trump während seiner ersten Amtszeit zusätzliche Zölle gegen Handelspartner verhängt und bewusst eine **Schwächung der WTO** herbeigeführt. Die künftige Handelspolitik von Trump dürfte wieder stark isolationistisch und opportunistisch geprägt sein (McBride & York 2024, Clausing 2024, Eichengreen 2024, Baur et al. 2024, Larcinese 2024). Er hat bereits

Kamala Harris' Außenpolitik dürfte von einer Fortführung des eher bündnisorientierten Ansatzes der Biden-Administration geprägt sein. Eine Rückkehr zum freien Handel ist unter ihrer Präsidentschaft dennoch nicht zu erwarten.

Donald Trump wird wieder seinen „America First“-Ansatz verfolgen. Er könnte neue Zölle nach sich ziehen und eine protektionistische Spirale auslösen.

angekündigt, im Falle einer Wiederwahl sämtliche Importe mit einem **pauschalen Zoll von 10 Prozent** zu belegen und **für China sogar einen 60-prozentigen Zoll** einzuführen. Dieses Vorgehen wäre beispiellos und hätte laut neuesten Berechnungen von IfW-Kiel und WIFO bereits ohne Gegenreaktionen der Handelspartner der USA im ersten Jahr einen Rückgang des Welthandels um 2,5 Prozent und des globalen BIP um rund 0,75 Prozent zur Folge. Die langfristige Schrumpfung des globalen Handels läge bei 4 Prozent und die des BIP bei 0,6 Prozent. Bei Vergeltungsmaßnahmen würden sich die Auswirkungen um ein Vielfaches verstärken. Würden die USA tatsächlich eine Auflösung der WTO herbeiführen, wäre in der EU mit einem Rückgang des realen BIP von mehr als 0,5 Prozent zu rechnen.

Szenarien für die künftige Industriepolitik der USA

Bei **Kamala Harris** ist im Falle einer Wahl davon auszugehen, dass sie den wirtschaftspolitischen Kurs der „Bidenomics“ von ihrem Amtsvorgänger weiterführen wird. Sie setzt auf **staatlich geförderte Industrieprojekte** und will durch **Investitionen in Hochtechnologie** – wie Halbleiterproduktion und erneuerbare Energien – die Abhängigkeit der USA von ausländischen Lieferketten, insbesondere aus China, reduzieren. Industriepolitische Flaggschiffinitiativen, wie der IRA und der „Chips and Science Act“, müssten daher fortgeführt und möglicherweise sogar noch erweitert werden. Subventionen und steuerliche Anreize dürften daher wohl auch in Zukunft als legitime wirtschaftspolitische Instrumente gesehen werden, um die Produktion in den USA zu stärken und insbesondere in Sektoren wie Halbleiter, erneuerbare Energien und Elektromobilität eine **Führungsrolle der USA zu sichern**. In der Industriepolitik betont Harris explizit die Bedeutung von **nationalen Sicherheitsinteressen**, die es erforderlich machen, die wirtschaftliche und technologische Vorherrschaft der USA zu bewahren (McBride & York 2024, Eichengreen 2024).

Unter **Donald Trump** wird es allem Anschein nach zu einer weitaus aggressiveren und protektionistischeren Industriepolitik kommen. Er setzt auf hohe **Zölle, um die ausländische Konkurrenz fernzuhalten** und US-Unternehmen zu begünstigen. Während seiner ersten Amtszeit führte er bereits Zölle auf Stahl und Aluminium ein und kündigte nun an, diese Maßnahmen weiter auszubauen. Eine zweite Amtszeit könnte eine Intensivierung sämtlicher protektionistischer Maßnahmen bedeuten, selbst wenn dies **die internationalen Handelsbeziehungen belastet**. Trumps Ansatz könnte hier mitunter besonders diskriminierende Maßnahmen beinhalten, wie umfassende Exportkontrollen und Investitionsbeschränkungen, mit dem Ziel, Chinas Zugriff auf Hochtechnologien zu verhindern. Dies würde insbesondere auch **Auswirkungen auf die EU** haben, da sie mit **Handelsbarrieren für Technologieprodukte** rechnen müsste (Eichengreen 2024, Baur et al. 2024). Betroffen wäre davon zuvorderst die Automobilindustrie. Würde es hier zu einem Zollkrieg zwischen den USA und der EU kommen, in der die EU auf amerikanische Automobil-Einfuhrzölle von 25 Prozent mit Steuern auf digitale Dienstleistungen der USA in gleicher Höhe begegnen würde, hätte dies langfristig einen BIP-Rückgang in der EU um -0,25 Prozent zur Folge, wohingegen die USA mit einem marginalen Anstieg um 0,06 Prozent rechnen könnten (IfW & WIFO). Trump spricht zudem über eine generelle Senkung der Unternehmenssteuern, um den Produktionssektor weiter zu stimulieren und die Schaffung neuer Arbeitsplätze anzuregen. Das Risiko von Unternehmensverlagerungen aus Europa in die USA ist bei solchen Maßnahmen immer gegeben.

Eine Umsetzung von Trumps Zollplänen hätte im ersten Jahr einen Rückgang des Welthandels um

-2,5 %

und des globalen BIP um

-0,75 %

zur Folge.

Kamala Harris dürfte im Falle einer Wahl den wirtschaftspolitischen Kurs der „Bidenomics“ weiterführen.

Subventionen und steuerliche Anreize werden auch in Zukunft als legitime industriepolitische Instrumente betrachtet.

Unter Donald Trump würde es zu einer weitaus aggressiveren und protektionistischeren Industriepolitik kommen.

Umfassende Exportkontrollen und Investitionsbeschränkungen würden auch die EU treffen.

Ein EU-US-Zollkrieg auf dem Automobilsektor würde langfristig zu einem Rückgang des EU-BIP um

-0,25 %

führen.

FAZIT: Der starke sicherheitspolitische Fokus, unter den die US-Regierungen seit Mitte der 2010er Jahre ihre Außenwirtschaftspolitik stellen, hat erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Weltwirtschaft. Der US-chinesische Technologiekrieg erstreckt sich mittlerweile weit über die Territorien der beiden Konfliktparteien hinaus. Insbesondere die EU, deren wirtschaftlicher Erfolg in der Vergangenheit wesentlich auf dem multilateralen Freihandel basierte, bekommt die Konsequenzen der zunehmend subventionsgetriebenen Industriepolitiken und protektionistisch ausgestalteten Handelsstrategien der konfligierenden Wirtschaftsmächte zu spüren. Getroffen wurde sie dabei politisch unvorbereitet. Erste Versuche, dem sich intensivierenden globalen Standortwettbewerb mit einer eigenen Industriepolitik zu begegnen, mündeten bis heute nicht in einen funktionierendes Politikdesign. Auch mit Blick auf die eigene geopolitische Handlungsfähigkeit bestehen in der EU noch große Defizite, wie die divergierenden nationalen außenwirtschaftlichen Strategien gegenüber China zeigen.

In Anbetracht der möglichen Zukunftsszenarien, mit denen sich die Europäer:innen durch die beiden Kontrahent:innen um die US-Präsidentschaft konfrontiert sehen, benötigt die EU in jedem Fall ein geopolitisches Update. Denn unabhängig davon, ob künftig eine gemäßigte Präsidentin Kamala Harris oder erneut Präsident Donald Trump ins Weiße Haus einzieht – eine Rückkehr zum universellen Freihandel wird es mit beiden nicht geben. Daher gilt es, zügig den eigenen Wirtschaftsstandort zukunftsfit zu machen. Dazu gehört eine Steigerung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit durch einen vertieften Binnenmarkt und eine entschlossene, aktive Handelspolitik, die sich im Grundsatz offen zeigt, aber auch einsatzfähige Defensivkapazitäten bereitstellt. Mit einer intelligenten und an die institutionelle Beschaffenheit der EU angepassten Industriestrategie, die Forschung und Innovation in den Mittelpunkt stellt, muss die Produktivitätslücke zu den anderen Wirtschaftsräumen geschlossen werden. Dazu braucht es eine sichere und leistbare Energieversorgung ebenso dringend, wie eine wirksame Strategie zur Fachkräftesicherung. All diese Maßnahmen erfordern eine erhebliche Menge an frischem Kapital. Die Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion wird dabei einen essenziellen Beitrag zur Mobilisierung privater Investitionen leisten.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Webseite!

Medieninhaber/Herausgeber:
Wirtschaftskammer Österreich
Abteilung für Wirtschaftspolitik
Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
Thomas Eibl,
thomas.eibl@wko.at
Tel: +43 5 90 900 | 3402
4. November 2024